

Antrag

**der Abgeordneten Olaf Duge, Martin Bill, Antje Möller, Dr. Till Steffen,
Dr. Anjes Tjarks, Jens Kerstan (GRÜNE) und Fraktion**

zu Drs. 20/10125

**Betr.: Bürgerbeteiligung und Transparenz: Einrichtung eines webbasierten
Planungs- und Vorhabensmelders**

In Hamburg wird derzeit viel gebaut und zahlreiche Projekte befinden sich in Planung. Allein der Wohnungsmarkt soll jährlich 6.000 Wohnungen neu errichten. Das Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Verwaltung und der Politik in Bezug auf Bauvorhaben steigt nicht nur seit Stuttgart 21 stetig an. Die vielfache Kritik und das Unverständnis werden oft mit dem Begriff der „Hinterzimmer-Politik“ versehen. Der Vorwurf richtet sich auf mangelnde Transparenz, Alibi-Beteiligung und keine Mitspracherechte bei Bau- und Planungsprojekten.

Aktuell wird im Bezirk Altona intensiv und interfraktionell – GRÜNE, SPD, CDU und FDP – im Rahmen der Weiterführung des Zukunftsplanes über Verbesserungsmöglichkeiten und neue Instrumente für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung diskutiert. Ein Tool soll ein sogenannter Planungs- und Vorhabenmelder sein. Die Bürgerinnen und Bürger möchten zeitnaher, das heißt nicht erst nach der Baugenehmigung, sondern möglichst schon während des Verfahrens, über Bauvorhaben informiert werden.

Im Bebauungsplanverfahren sind alle Verfahrensschritte öffentlich. Hierzu gibt es schon Informationsangebote im Internet, die erweitert werden müssten. Baugenehmigungsverfahren unterliegen aber gemäß der Gesetzeslage aus Gründen des Datenschutzes der Nicht-Öffentlichkeit und der Verschwiegenheit. Ein Weg könnte sein, Bauvorhaben auf *freiwilliger* Basis bei Antragseinreichung automatisiert mit einem Grunddatensatz webkartenbasiert ins Internet einfließen zu lassen. Die Grunddaten könnten beispielsweise Gebäudeart (zum Beispiel Mehrfamilienhaus), Anzahl der Wohnungen und Geschosse und Belegenheit sein. Bei Änderungen könnten Aufstockungen oder Gebäudeerweiterungen vermerkt werden.

Der Vorhabenträger sollte im Rahmen des zukünftigen elektronischen Baugenehmigungsverfahrens anklicken können, ob er damit einverstanden ist, dass diese Daten auf einer webbasierten Karte eingetragen werden. Ist er nicht einverstanden, wird das Vorhaben dort nicht erfasst. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bauaufsichtsbehörden hätten bei diesem Verfahren keinerlei Mehraufwand, da dies vollautomatisiert programmiert werden könnte. Dies könnte ein Weg sein, eine breitere Transparenzkultur in Hamburg zu entwickeln.

Um dieses Verfahren ressourcenschonend umsetzen zu können, wäre es sinnvoll, es bei dem Aufbau des elektronischen Baugenehmigungsverfahrens von Anfang an mitzudenken und mitzuprogrammieren. Im Rahmen der in der Drs. 20/10110 angemerkten Prüfaufträge könnte das oben skizzierte Verfahren mitgeprüft und umgesetzt werden und die Daten auf der webbasierten Karte gemäß der Drs. 20/10125 eingestellt werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. zu prüfen, welcher technischen, rechtlichen und finanziellen Erfordernisse es bedarf, im Rahmen der Einführung des elektronischen Baugenehmigungsverfahrens einen Planungs- und Bauvorhabenmelder mitzubersichtigen. Das Meldeverfahren soll auf freiwilliger Basis eine Möglichkeit bieten, einen noch zu bestimmenden Datensatz auf einer webbasierten Karte einspeisen zu können.
2. der Bürgerschaft bis zum 30.06.2014 zu berichten.